

# **GUTACHTEN AUSWIRKUNGEN AUTORITÄR-POPULISTISCHER STRATEGIEN AUF HOCHSCHULEN**

Zwischentagung Jena

Workshop Nr. 1

Soatina Andrianja  
Christian Dax

**BRF**

Bundesverband  
rechtswissenschaftlicher  
Fachschaften e.V.

## Inhaltsverzeichnis

A.	Einleitung und Problemstellung .....	1
B.	Der verfassungsrechtliche Maßstab des Art. 5 Abs. 3 GG .....	2
C.	Autoritärer Populismus: Neutralitätsforderung und Inhaltsverbote .....	2
D.	Finanzielle Austrocknung als verdeckter Eingriff .....	5
I.	Staatliches Finanzierungsmonopol.....	5
II.	Grenzen des Finanzierungsspielraums .....	6
III.	Der Kanzler als Einfallstor exekutiver Steuerung .....	7
E.	Spezifische Vulnerabilitäten der Juristenausbildung .....	8
F.	Fazit .....	10
	Impressum .....	12

## A. Einleitung und Problemstellung

Die deutschen Hochschulen und insbesondere die rechtswissenschaftlichen Fakultäten agieren in einem verfassungsrechtlichen Spannungsfeld. Hochschulen sind einerseits als Körperschaften des öffentlichen Rechts in die staatliche Verwaltung eingegliedert, andererseits sind sie durch die Wissenschaftsfreiheit des Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG aus der unmittelbaren staatlichen Hierarchie herausgelöst.<sup>1</sup> Diese Autonomie gerät zunehmend unter Druck. Im internationalen Vergleich, aber auch in innenpolitischen Diskursen, manifestiert sich eine neue Form der Wissenschaftspolitik, die oft als „autoritärer Populismus“ bezeichnet wird. Diese zielt darauf ab, das Verhältnis von Wissenschaft und Politik neu zu ordnen, indem sie unter Rekurs auf Begriffe wie „Neutralität“ oder „ideologiefreie Wissenschaft“ in die inhaltliche Ausgestaltung von Forschung und Lehre eingreift.<sup>2</sup>

Für die Rechtswissenschaft besitzt diese Entwicklung eine existenzielle Dimension, da sie nicht nur Gegenstand der Regulierung ist, sondern jene Akteure ausbildet, die die Funktionsfähigkeit des Rechtsstaats garantieren sollen. Szenarien wie der „Stop W.O.K.E. Act“ in Florida oder die Umstrukturierung des ungarischen Hochschulwesens verdeutlichen, dass Angriffe auf die Wissenschaftsfreiheit heute weniger durch direkte Zensur, sondern durch subtile regulatorische und finanzielle Instrumente erfolgen.<sup>3</sup>

Vor diesem Hintergrund versteht sich das vorliegende Gutachten als präventive Risikoanalyse. Es unterzieht den geltenden Rechtsrahmen einem verfassungsrechtlichen Spannungstest, um strukturelle Vulnerabilitäten zu identifizieren, bevor diese politisch instrumentalisiert werden können.

Ziel ist es, die verfassungsrechtlichen Grenzen staatlicher Einflussnahme zu benennen. Dadurch soll geklärt werden, inwieweit das Grundgesetz, insbesondere Art. 5 Abs. 3 GG, Abwehrrechte nicht nur gegen unmittelbare Inhaltsverbote bietet, sondern auch gegen die subtileren Gefahren der finanziellen Austrocknung („Defunding“), der administrativen Gängelung durch Zielvereinbarungen und der technokratischen Verengung von Prüfungsordnungen. Die Analyse dient damit der Schärfung des verfassungsrechtlichen Bewusstseins

---

<sup>1</sup> Vgl. zur Gesamtsystematik der Resilienz rechtsstaatlicher Institutionen: Verfassungsblog, Das Thüringen-Projekt, 2024, abrufbar unter: <https://verfassungsblog.de/thueringen-projekt>.

<sup>2</sup> Vgl. zu diesen Diskursstrategien und der Umdeutung von Begriffen: Meyer, Matthias, Rechtsextreme Diskursstrategien, bpb 2024; abrufbar unter: <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/551839/rechtsextreme-diskursstrategien/>; Kämper, Heidrun Deborah, Die Sprache der Rechten, 2024

<sup>3</sup> BVerfGE 35, 79 (116 ff.).

für die Graubereiche, in denen die legitime gesetzgeberische Steuerung durch das Hochschulrecht in verfassungswidrige Einflussnahme umzuschlagen droht.

## **B. Der verfassungsrechtliche Maßstab des Art. 5 Abs. 3 GG**

Zentraler Prüfungsmaßstab für jegliches staatliche Handeln im Wissenschaftsbereich ist Art. 5 Abs. 3 Satz 1 GG. Das Bundesverfassungsgericht interpretiert diesen Artikel weit: Geschützt ist jede Tätigkeit, die nach Inhalt und Form als ernsthafter und planmäßiger Versuch zur Ermittlung der Wahrheit anzusehen ist.<sup>4</sup> Entscheidend für die hier zu erörternden Fragen ist, dass dieser Wissenschaftsbegriff wertneutral und methodenoffen ist. Das Grundgesetz schreibt kein spezifisches Wissenschaftsverständnis vor; es schützt den Pluralismus der Methoden und Ansätze.<sup>5</sup> Die Wissenschaftsfreiheit ist vorbehaltlos gewährleistet. Anders als die allgemeine Meinungsfreiheit kann sie nicht durch einfache Gesetze eingeschränkt werden, um politische Zweckmäßigkeiten zu verfolgen. Eingriffe sind nur dann verfassungsrechtlich zu rechtfertigen, wenn sie zum Schutz kollidierender Verfassungsgüter von gleichem Rang erforderlich sind.<sup>6</sup> Der Staat hat sich hierbei einer inhaltlichen Bewertung wissenschaftlicher Thesen zu enthalten; er besitzt im Bereich der Wissenschaft keine Kompetenz, über „richtig“ oder „falsch“ zu entscheiden.<sup>7</sup>

## **C. Autoritärer Populismus: Neutralitätsforderung und Inhaltsverbote**

Eine genaue Definition des Begriffes „autoritärer Populismus“ kann im Ergebnis Schwierigkeiten bereiten. Hilfreich ist jedoch der Rückgriff auf das Verständnis des Populismus als Exklusivitätsanspruch. Hierdurch wird eine moralisierende Spaltung betrieben, die das vermeintlich homogene und ethnisierte „Volk“ von einer korrupten „Elite“ trennt, welche das „Volk“ angeblich unterdrücke.<sup>8</sup>

---

<sup>4</sup> Grdl. zum weiten Wissenschaftsbegriff: BVerfGE 35, 79 (113 ff.).

<sup>5</sup> Vgl. BVerfGE 35, 79 (112 ff.).

<sup>6</sup> Vgl. BVerfGE 47, 327 (369).

<sup>7</sup> Vgl. BVerfGE 90, 1 (12 ff.); Möllers, Funktionsgrenzen der Wissenschaftsfreiheit, in: Wissenschaftspolitik im Dialog 14/2021, 35 (37 ff.).

<sup>8</sup> Kordt/Weickert, Stärkung der Resilienz von Rechtsstaat und Demokratie in und durch die juristische Ausbildung, BRF 2025, S. 2.

Eine zentrale Strategie populistischer Wissenschaftspolitik besteht darin, kritische Forschungszweige, wie etwa die Critical Race Theory, Gender Studies oder postkoloniale Ansätze,<sup>9</sup> als ideologisch oder aktivistisch zu markieren und unter Berufung auf ein vermeintliches Neutralitätsgebot aus der Lehre zu verbannen.<sup>10</sup> Verfassungsrechtlich hält diese Argumentation einer strengen Prüfung nicht stand.

Zunächst ist differenziert zwischen institutioneller und individueller Neutralität zu unterscheiden. Der Staat und die Hochschule als Organisation sind zu weltanschaulicher Neutralität verpflichtet; sie dürfen sich nicht mit einer politischen Partei identifizieren.<sup>11</sup> Dieses Gebot erstreckt sich jedoch nicht auf den einzelnen Wissenschaftler. Wissenschaft, und gerade die Rechtswissenschaft als normative Disziplin, lebt von der Wertung, der Kritik und der Kontroverse. Das Bundesverfassungsgericht hat ausdrücklich klargestellt, dass auch die „engagierte Wissenschaft“ den Schutz des Art. 5 Abs. 3 GG genießt. Die Forderung, Lehre müsse politisch neutral sein, ist mit der Freiheit der Wissenschaft unvereinbar, solange der methodische Weg der Erkenntnisgewinnung eingehalten wird. Ein Professor für Öffentliches Recht, der Regierungsmaßnahmen verfassungsrechtlich kritisiert, verletzt keine Neutralitätspflicht, sondern übt sein Grundrecht aus.<sup>12</sup>

Die Grenze der Lehrfreiheit bildet lediglich das aus Art. 12 Abs. 1 GG abgeleitete Indoktrinationsverbot. Ein Dozent darf seine Amtsautorität nicht missbrauchen, um Studierende zu einem bestimmten politischen Bekenntnis zu zwingen oder abweichende Meinungen zu unterdrücken.<sup>13</sup> Dies darf jedoch keinesfalls mit einem Schutzanspruch vor kognitiver Dissonanz verwechselt werden. Die Konfrontation mit Thesen, die das eigene Weltbild erschüttern oder als störend empfunden werden, ist immanenter Teil des akademischen Bildungsprozesses.<sup>14</sup> Gesetze, die darauf abzielen, Studierende vor „Unbehagen“ (sog. „Discomfort“) zu schützen, finden im Grundgesetz keine Stütze.

---

<sup>9</sup> Mude, Cas, Populism: An Ideational Approach, in: The Oxford Handbook of Populism, 2017, S. 27.

<sup>10</sup> Schwarz, Der neue Tonfall der AfD, abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/par-teien/afd-pariteitag-324.html>

<sup>11</sup> Grundlegend zum Neutralitätsgebot staatlicher Organe und dem Verbot der Identifikation mit politischen Parteien: BVerfGE 138, 102 (109 ff.); BVerfGE 44, 125 (138 ff.).

<sup>12</sup> BVerfGE 90, 1 (12).

<sup>13</sup> Zu den Strategien der Mimikry und subtilen Einflussnahme: Haker/Otterspeer/Schildknecht, Antiakademismus heute, in Wissen schafft Demokratie, Bd. 12, Jena 2023, S. 82 ff., abrufbar unter:

[https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/PDFs\\_WsD12/WsD12\\_Beitrag\\_Christoph\\_Haker\\_et\\_al.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFs_WsD12/WsD12_Beitrag_Christoph_Haker_et_al.pdf); vgl. zur Situation in Ungarn: Márk Várszegi, Rechtspopulismus und freier Geist – zur Lage der Wissenschaften in Viktor Orbáns Ungarn, Rónay 2018, 103.

<sup>14</sup> Vgl. Florida Senate Bill (SB) 738 (HB 7).

Eine verfassungsrechtliche Bewertung muss zudem die Widersprüchlichkeit populistischer Wissenschaftsstrategien in den Blick nehmen. Wie empirische Beobachtungen zeigen, beschränkt sich der autoritäre Populismus nicht auf eine bloße Oppositionsrolle, sondern sucht zugleich aktiv die Resonanz im Wissenschaftssystem.<sup>15</sup> Durch eigene Konferenzen, Publikationsorgane und Stipendien wird versucht, eine parallele wissenschaftliche Legitimität zu erzeugen.<sup>16</sup>

Verfassungsrechtlich bestätigt dies die Notwendigkeit eines methodengeleiteten Wissenschaftsbegriffs: Nicht das Thema oder die politische Anschlussfähigkeit entscheiden über den Schutz des Art. 5 Abs. 3 GG, sondern allein die methodische Rationalität.<sup>17</sup> Soweit staatliches Handeln in die Wissenschaft so eingreift, dass neuartige sowie etablierte Disziplinen als „unwissenschaftlich“ deklariert werden, während gleichermaßen Institute der Wenn staatliche Akteure versuchen, sowohl etablierte als auch neuartige Disziplinen als „unwissenschaftlich“ zu denunzieren, während sie gleichzeitig politisch opportune, aber methodisch fragwürdige Institute fördern, verletzen sie die staatliche Pflicht zur weltanschaulichen Neutralität im Wissenschaftsbetrieb.

Besonders gravierend sind legislative Versuche, bestimmte Theorien explizit zu verbieten (sog. „Content Bans“). Ein hypothetisches Gesetz, das die Lehre von Theorien untersagt, die „strukturellen Rassismus“ behaupten oder die „Objektivität des Rechts“ bestreiten, würde als Inhaltsregulierung in den Kernbereich der Wissenschaftsfreiheit eingreifen.<sup>18</sup> Da der Staat kein Wahrheitsmonopol besitzt, darf er mithin keine wissenschaftlichen Hypothesen per Gesetz für falsch erklären. Solange eine Theorie nicht die Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG) verletzt, was z.B. bei einer bloßen Analyse von Machtstrukturen nicht der Fall ist, fehlt es an einem rechtfertigenden Verfassungsgut für ein solches Verbot. Ebenso verfassungswidrig wäre ein gesetzliches Gebot der Ausgewogenheit („False Balance“), welches Dozenten zwingen würde, wissenschaftlich unhaltbare Positionen als gleichwertig zu evidenzbasierten Erkenntnissen zu lehren. Das wäre eine unzulässige staatliche Wissenschaftslenkung.<sup>19</sup>

---

<sup>15</sup> Zur Dogmatik: BVerfG-Handwörterbuch, 2024, Stichwort „Wissenschaftsfreiheit“.

<sup>16</sup> Zur Strategie der kulturellen Hegemonie („Gramscianismus von rechts“) und dem Aufbau eigener Strukturen vgl. Strobl, Natascha, Radikalisierte Konservatismus, 2021, S. 21 ff.; siehe auch Pichl, Maximilian, Law statt Order, 2024, S. 132.

<sup>17</sup> Vgl. BVerfGE 55, 37 (67 ff.).

<sup>18</sup> Vgl. García, Helena Alviar / Frankenberg, Günter, Authoritarian Structures and Trends in Consolidated Democracies, in: Routledge Handbook of Illiberalism, 2021.

<sup>19</sup> Zum Indoktrinationsverbot und Gebot der Toleranz: BVerfGE 47, 327 (367 ff.)

## **D. Finanzielle Austrocknung als verdeckter Eingriff**

Während direkte Verbote oft offensichtlich verfassungswidrig sind und vor den Verwaltungsgerichten scheitern würden, liegt die größere Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit in der subtilen Steuerung durch finanzielle Ressourcen („Defunding“). Hierbei wird die Wissenschaftsfreiheit nicht frontal angegriffen, sondern durch den Entzug der materiellen Basis ausgehöhlt.

### **I. Staatliches Finanzierungsmonopol**

Art. 5 Abs. 3 GG entfaltet nicht nur eine Abwehrfunktion, sondern begründet als objektive Wertentscheidung auch eine staatliche Schutz- und Förderpflicht. Der Staat hat dafür Sorge zu tragen, dass freie Wissenschaft institutionell und finanziell möglich ist. Zwar folgt daraus kein individueller Anspruch auf Einrichtung oder Finanzierung bestimmter Lehrstühle, und dem parlamentarischen Haushaltsgesetzgeber steht grundsätzlich die Budgethoheit zu.<sup>20</sup> Dieser weite Gestaltungsspielraum bei der Mittelvergabe findet jedoch seine verfassungsrechtliche Grenze im Willkürverbot und im Verbot der Strukturzerstörung.<sup>21</sup>

Wenn der Staat seine Finanzierungsmacht nutzt, um gezielt politisch missliebige Disziplinen auszutrocknen, liegt ein Missbrauch der Gestaltungsmacht vor.<sup>22</sup> Streicht ein Landesgesetzgeber beispielsweise selektiv sämtliche Mittel für Institute der Gender Legal Studies oder der Rechtssoziologie, während andere Fächer finanziell unangetastet bleiben, und erfolgt dies erkennbar mit dem Ziel, diese kritischen Stimmen zum Verstummen zu bringen, so verletzt dies Art. 5 Abs. 3 GG in Verbindung mit Art. 3 Abs. 1 GG. Der Staat verlässt in diesem Fall seine Rolle als Ermöglicher des Wissenschaftsbetriebs und greift steuernd in den inhaltlichen wissenschaftlichen Diskurs ein. Er entscheidet nicht mehr nach Bedarf oder wissenschaftlicher Exzellenz, sondern nach politischer Opportunität.

Eine solche „Aushungerung“ ist verfassungsrechtlich als faktischer Eingriff zu werten. Die Wissenschaftsfreiheit wäre ein hohles Recht, wenn der Staat zwar Verbote unterließe, aber durch selektive Mittelverweigerung die tatsächliche Ausübung der Forschung unmöglich machen dürfte.<sup>23</sup> Die Hochschulen und Fakultäten können sich gegen derartige willkürliche

---

<sup>20</sup> Vgl. Möllers, Christoph, Funktionsgrenzen der Wissenschaftsfreiheit, in: Wissenschaftsfreiheit in Deutschland, 14/2021, S. 38.

<sup>21</sup> Vgl. BVerfGE 93, 319 (342); BVerfGE 85, 360 (374)

<sup>22</sup> Vgl. Möllers, Christoph, Funktionsgrenzen der Wissenschaftsfreiheit, 2021, S. 38.

<sup>23</sup> BVerfGE 85, 360 (374).

Kürzungsmaßnahmen wehren, sofern sie nachweisen können, dass die Sparmaßnahmen nicht fiskalischen Zwängen geschuldet sind, sondern als sanktionierendes Instrument gegen spezifische Inhalte eingesetzt werden. Auch die Verweigerung von Planstellen für Berufungen, die politisch nicht opportun erscheinen, fällt unter dieses Verbot der sachfremden Einflussnahme.<sup>24</sup>

## **II. Grenzen des Finanzierungsspielraums**

Der Gestaltungsspielraum des Haushaltsgesetzgebers findet seine Schranke im Willkürverbot und im Verbot der Strukturzerstörung.<sup>25</sup> Eine besondere Gefahr für die Wissenschaftsfreiheit liegt in der Kombination von Mittelkürzungen mit strengen Ziel- und Leistungsvereinbarungen. Während diese exekutiven Maßnahmen freilich nicht in jedem Fall problematisch sind, so ergibt sich insbesondere aus deren Kombination und ihrer Intensität im Ergebnis durchaus eine verfassungsrechtliche Problematik. Dies kann dann missbraucht werden, um eine Abwärtsspirale in Gang zu setzen:

1. Initialkürzung: Werden einem politisch unerwünschten Fachbereich Mittel entzogen, müssen Stellen gestrichen werden.
2. Attraktivitätsverlust: In der Folge kann die Attraktivität des Standorts sinken, die Studierendenzahlen gehen zurück und Drittmittel sind schwerer einzuwerben.
3. Sanktionierung: Werden nun Zielvereinbarungen starr durchgesetzt, verfehlt der geschwächte Bereich die Vorgaben.
4. Rückforderung: Dies legitimiert administrativ weitere Mittelkürzungen oder gar Rückforderungen („Bestrafung“), was schließlich zur Schließung des Bereichs führt.

Verfassungsrechtlich ist dieses Vorgehen nicht pauschal, sondern im Einzelfall am Maßstab des Willkürverbots und der Verhältnismäßigkeit zu messen.

1. Legitimer Zweck: Zielvereinbarungen und Budgetkonsolidierungen verfolgen grundsätzlich den legitimen Zweck der sparsamen Mittelverwendung und Qualitätssicherung.<sup>26</sup>
2. Erforderlichkeit & Angemessenheit: Die Maßnahme wird jedoch verfassungswidrig, wenn sie sich als unverhältnismäßig erweist. Dies ist der Fall, wenn fiskalische Argumente nur

---

<sup>24</sup> Zum Willkürverbot bei der Budgetierung: BVerfGE 93, 319 (342); zur Ressourcenverteilung: BVerfGE 85, 360 (374).

<sup>25</sup> S.o.

<sup>26</sup> Allgemein zur Bindung der Budgethoheit an verfassungsrechtliche Wertentscheidungen: Möllers (Fn. 19), S. 39.



vorgeschoben sind, um spezifische, politisch unerwünschte Forschungszweige strukturell zu untergraben (Ermessensfehlgebrauch).<sup>27</sup>

Ein Indiz für die Verfassungswidrigkeit wäre z.B. eine asymmetrische Sparpolitik. Würden Mittelkürzungen selektiv nur bei politisch kritischen oder kritisch betrachteten Instituten vorgenommen, während vergleichbare andere Bereiche verschont blieben, verletzte dies die staatliche Pflicht zur weltanschaulichen Neutralität.<sup>28</sup> Die Hochschule muss in diesem Fall darlegen, dass die Zielverfehlungen kausal auf die staatliche Unterfinanzierung zurückzuführen sind.<sup>29</sup>

### **III. Der Kanzler als Einfallstor exekutiver Steuerung**

Neben der legislativen Budgetsteuerung weist die administrative Ebene eine signifikante Vulnerabilität auf. Nach den Hochschulgesetzen vieler Länder leitet der Kanzler bzw. die Kanzlerin die Verwaltung und ist Beauftragter für den Haushalt.

Im Wege der ungarischen Hochschulreformen wurde die Hochschulautonomie durch solche Maßnahmen weitgehend untergraben. Der Übergang der staatlichen Universitäten in die Trägerschaft staatlicher Stiftungen, welche Kuratorien (Verwaltungsträgerschaft) bilden, die dann über die Finanzierung, die Förderung und Schließung von Fakultäten sowie maßgeblich über den Haushalt, die Satzungshoheit und die Auswahl der Universitätsleitung entscheiden, entzog den akademischen Gremien ihre exekutiven Kompetenzen. Da diese Kuratorien oft ohne primäre fachlich-wissenschaftliche Expertise besetzt und faktisch nicht abberufbar sind, ermöglicht die Verlagerung der Zuständigkeiten eine unmittelbare Einflussnahme auf wissenschaftliche Fragen.<sup>30</sup>

Zwar handelt es sich bei den ungarischen Hochschulreformen nur um ein internationales Vergleichsbeispiel, welches insbesondere im Hinblick auf den deutschen Föderalismus nicht unmittelbar auf das deutsche Hochschulrecht übertragen werden kann, dennoch besteht die Gefahr, dass die Kanzlerposition politisch instrumentalisiert wird. Wird das Amt mit einer Person besetzt, die primär politische Vorgaben umsetzt, droht der Missbrauch der

---

<sup>27</sup> Zur Strategie der selektiven Rechtsanwendung und Aushöhlung von Institutionen vgl. Scheppele, Kim Lane, *Autocratic legalism*, *University of Chicago Law Review* 2018, 545 (549 ff.).

<sup>28</sup> Vgl. zur „Tyrannei der Minderheit“ und dem Missbrauch institutioneller Regeln: Levitsky, Steven / Ziblatt, Daniel, 2024.

<sup>29</sup> Allgemein zur Darlegungslast bei faktischen Grundrechtseingriffen: BVerfGE 105, 252 (273).

<sup>30</sup> Goethe-Institut Ungarn: Pro und Contra zum Modellwechsel im ungarischen Hochschulwesen (Übersetzung: Lutz Heis), abrufbar unter: <https://www.goethe.de/ins/hu/de/kul/sup/ztg/22117713.html>

immanenten administrativen Kompetenzen. Durch umfassende Zustimmungs- und Veto-rechte bei Personal- und Finanzentscheidungen kann die Kanzler:in missliebige Forschungsprojekte faktisch verhindern, ohne dass es eines Gesetzes bedürfte.<sup>31</sup>

Die Gefahr einer ‚administrativen Blockade‘ ergibt sich aus der Doppelfunktion der Kanzlerposition. Als Beauftragter für den Haushalt obliegt ihm die formelle Rechts- und Finanzkontrolle (Rechtsaufsicht).<sup>32</sup> Diese Kompetenz endet jedoch dort, wo sie in eine inhaltliche Bewertung von Forschungsvorhaben umschlägt (Fachaufsicht).

Ein Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit liegt vor, wenn die Kanzler:in ihre Zustimmungsrechte bei Personal- oder Finanzfreigaben nicht aus zwingenden haushaltsrechtlichen Gründen verweigert, sondern diese als Veto-Instrument nutzt, um inhaltlich unerwünschte Projekte faktisch zu verhindern.<sup>33</sup> Eine solche materiell-wissenschaftliche Steuerung käme einer immanenten Kontrolle dann gleich, wenn die Kompetenzen der Kanzler:in im Landeshochschulrecht erweitert werden würde, was wiederum in den Händen des Landesgesetzgebers liegt.

## **E. Spezifische Vulnerabilitäten der Juristenausbildung**

Trotz der aufgezeigten Abwehrrechte weist die juristische Ausbildung eine spezifische strukturelle Anfälligkeit auf, die sie von anderen Disziplinen unterscheidet. Diese rührt primär aus der engen Verzahnung mit dem Staat durch das Justizprüfungsamt her. Anders als in Bachelor- und Masterstudiengängen, in denen die Hochschulen weitgehende Autonomie über die Curricula genießen,<sup>34</sup> wird der Pflichtstoff des Jurastudiums durch staatliche Gesetze (JAG) und Verordnungen bestimmt.<sup>35</sup>

In einem hypothetischen Szenario einer von einer autoritär-populistischen Partei geführten Landesregierung, liegt genau hier das Einfallstor für eine durch Missbrauch der gesetzlichen

---

<sup>31</sup> S. § 71 HSG LSA; § 32 ThürHG; vgl. auch Art. 23 Abs. 3 BayHschG; § 41 Abs. 1 HessHG.

<sup>32</sup> Exemplarisch für die Kompetenzverteilung: § 71 HSG LSA; § 32 ThürHG. Zur Abgrenzung siehe auch Blanke/Bunse, in: Geis (Hrsg.), Hochschulrecht in Bund und Ländern, Thüringen, Rn. 202.

<sup>33</sup> Zur Strategie des „Autocratic Legalism“ vgl. Scheppele, Kim Lane, Autocratic legalism, University of Chicago Law Review 2018, 545 (549 ff.).

<sup>34</sup> Die Curricularnormwerte und Prüfungsordnungen für Bachelor/Master werden bundesweit durch die Hochschulen in eigener Verantwortung beschlossen (Akkreditierungsvorbehalt).

<sup>35</sup> § 5a DRiG sowie die entsprechenden landesrechtlichen JAG.

Verordnungsermächtigung entstehende Aushöhlung der Ausbildung. Eine solche Landesregierung könnte, ohne durch den Verfahrensablauf unmittelbar Grundrechte zu verletzen und somit keine Grundlage für die Begründung einer Verfassungsbeschwerde (LVerfG oder BVerfG) zu bieten, die Prüfungsordnungen dahingehend ändern, dass Grundlagenfächer wie Rechtsphilosophie, Rechtsgeschichte und Verfassungsgeschichte aus dem Pflichtstoffkatalog gestrichen oder marginalisiert werden. Da Studierende ökonomisch rational handeln und sich auf die prüfungsrelevanten Stoffe konzentrieren, würde dies faktisch zum Verschwinden dieser Fächer aus dem universitären Lehrbetrieb führen. Zugespielt könnte man von einer Generation technokratisch ausgebildeter Jurist:innen sprechen, die zwar Gesetze handwerklich anwenden können, denen aber die Reflexionskompetenz fehlt, um Unrecht in Gesetzesform zu erkennen. Die Gefährdung durch eine solche Entwicklung ist historisch belegt und verleiht der hypothetischen Gefährdung insofern durchaus reale Elemente.<sup>36</sup> Durch eine solche Entkernung der juristischen Ausbildung wäre im Ergebnis dann nicht nur der Rechtsstaat selbst, sondern alle elementaren Grundprinzipien der Verfassung gefährdet.<sup>37</sup>

Ein weiteres Einfallstor bildet das Beamtenrecht. Hochschullehrer sind in der Regel verbeamtet und unterliegen der Pflicht zur Verfassungstreue. Es besteht die Gefahr, dass autoritäre Regierungen den Begriff der „Verfassungstreue“ in eine „Regierungstreue“ umdeuten und disziplinarrechtliche Verfahren gegen Professor:innen einleiten, die staatliches Handeln kritisch hinterfragen.<sup>38</sup> Hier muss juristisch scharf getrennt werden. Kritik an der Regierung ist kein Verstoß gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, sondern eine Ausübung der durch sie garantierten Rechte. Dennoch kann bereits die Androhung disziplinarischer Maßnahmen zu einem „Chilling Effect“<sup>39</sup> führen, bei dem Wissenschaftler aus voreilendem Gehorsam kritische Themen meiden.

---

<sup>36</sup> Maximilian, Law statt Order, 2024., S. 123 f.

<sup>37</sup> Blanke/Bunse, in: Geis (Hrsg.), Hochschulrecht in Bund und Ländern, Thüringen, Rn. 202.

<sup>38</sup> Hartigan, Trump's war on DEI reaches Georgetown Law, abrufbar unter: <https://www.americamagazine.org/politics-society/2025/03/11/treanor-martin-georgetown-law-dei-constitution-first-amendment-250138>.

<sup>39</sup> Der Begriff des „chilling effect“ bezeichnet Konstellationen, in denen staatliches Handeln nicht unmittelbar auf die Einschränkung eines Grundrechts zielt, aber faktisch dazu führt, dass Grundrechtsträger aus Furcht vor negativen Konsequenzen von der Ausübung grundrechtlich geschützten Verhaltens Abstand nehmen. Vgl. grundlegend Schauer, Boston University Law Review 58 (1978), 685 (693); zur Rezeption des Abschreckungseffekts im deutschen Verfassungsrecht ausführlich Staben, Der Abschreckungseffekt im Verfassungsrecht, Diss. 2021.

Zusätzlich verschärft wird die Lage durch den begrenzten Schutzzumfang der institutionellen Garantien. Die verfassungsrechtlich verbürgte Selbstverwaltung<sup>40</sup> garantiert zwar die Existenz der freien Wissenschaft als Institution, nicht jedoch den individuellen Bestand einzelner Fakultäten oder Lehrstühle.

Historische und aktuelle Beispiele zeigen, dass Fusionen und Schließungen probate Mittel der Exekutive sind.<sup>41</sup> Gegen solche Maßnahmen bietet die Verfassung nur dann Schutz, wenn nachgewiesen werden kann, dass die Strukturveränderung nicht sachlichen Erwägungen (Demografie, Fiskus) folgt, sondern als Umgehung des Zensurverbots dient. Da dieser Nachweis prozessual schwer zu führen ist, liegt hier eine offene Flanke der Hochschulautonomie, die durch Satzungsrecht proaktiv geschlossen werden muss.

## **F. Fazit**

Die verfassungsrechtliche Analyse zeigt ein differenziertes Bild: Gegen unmittelbare inhaltliche Eingriffe wie das Verbot bestimmter Theorien so z.B. „Anti-Woke-Gesetze“,<sup>42</sup> bietet Art. 5 Abs. 3 GG ein scharfes Schwert. Solche Maßnahmen wären in Deutschland verfassungswidrig, da sie den Kerngehalt der Wissenschaftsfreiheit und das Gebot der Staatsferne der Wissenschaft verletzen. Auch die Forderung nach einer falschen Neutralität verfängt verfassungsrechtlich nicht.

Die realistischere Bedrohung für die Integrität der rechtswissenschaftlichen Ausbildung liegt jedoch in den indirekten Steuerungsmechanismen. Die finanzielle Austrocknung kritischer Lehrstühle unter dem Deckmantel der Haushaltskonsolidierung und die Verengung des Staatsexamensstoffs stellen Gefahren dar, die juristisch schwerer zu greifen sind. Um diesen zu begegnen, bedarf es einerseits einer offensiven Wehrhaftigkeit der Fakultäten gegen willkürliche Mittelkürzungen und andererseits einer strategischen Nutzung der universitären Satzungsautonomie, um die für den Rechtsstaat überlebenswichtigen Grundlagenfächer institutionell so zu verankern, dass sie dem direkten Zugriff der Justizprüfungsämter entzogen sind.

---

<sup>40</sup> BVerfGE 35, 79 (116).

<sup>41</sup> Blanke/Bunse, in: Geis (Hrsg.), Hochschulrecht in Bund und Ländern, Thüringen, Rn. 202.

<sup>42</sup> S. Schwarz, Der neue Tonfall der AfD, abrufbar unter: <https://www.tagesschau.de/inland/bundestagswahl/par-teien/afd-parteitag-324.html>; s. auch Florida Senate Bill (SB) 738 (HB 7).

**Fragen zur Workshopvorbereitung:**

1. Wo seht ihr an eurer eigenen Fakultät oder in eurem Studienalltag bereits heute „weiche“ Einfallstore für autoritäre Einflussnahme?

---

---

---

---

---

2. Wenn ihr eine konkrete Maßnahme sofort umsetzen könntet, um eure Ausbildung widerstandsfähiger gegen politische Instrumentalisierung zu machen: welche wäre das?

---

---

---

---

---

---

## Impressum

### Herausgeber

Bundesverband rechtswissenschaftlicher Fachschaften e.V.  
c/o FSR Rechtswissenschaft der Universität Hamburg  
Rothenbaumchaussee 33  
20148 Hamburg  
[www.bundesfachschaft.de](http://www.bundesfachschaft.de)  
[info@bundesfachschaft.de](mailto:info@bundesfachschaft.de)

### Text

Soatina Andrianja  
Christian Dax

Mit Unterstützung von Carla Marondel